

dominante Geschäftsmodell vor der Pandemie ein anderes war. Zwar ging es auch damals um permanente Profitsteigerung und Preiskriege blieben die Ausnahme. Aber die Gewinnmargen wurden nicht durch höhere Verkaufspreise ausgeweitet, sondern durch sinkende Produktionskosten: immer mehr Outsourcing, immer billigere Vorprodukte. Dies hat sich mit der aktuellen Krise der Globalisierung verändert. Unterbrochene Lieferketten und teurere Rohstoffe zwingen die Unternehmen, an anderen Schrauben zu drehen, um ihre Gewinne weiter zu steigern. Sie machen aus der Not eine Tugend und erhöhen mit Verweis auf Lieferprobleme die Preise.

Die Debatte über die Gründe der aktuellen Inflation ist keineswegs nur von akademischem Interesse. Schließlich können politische Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise nur wirken, wenn sie an der richtigen Stelle ansetzen. Das wesentliche aktuell angewandte Instrument zur Inflationsbekämpfung ist, in Europa wie den USA, die Zinspolitik. Höhere Leitzinsen zwingen viele Unternehmen – insbesondere kleinere –, ihre Investitionspläne auf Eis zu legen, zu sparen und Beschäftigte zu entlassen. Die Konjunktur wird abgewürgt, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geht zurück. Wenn eine übermäßig aufgeblähte Nachfrage tatsächlich der Grund für die hohe Inflation ist, kann die Zentralbank auf diese Weise die Notbremse ziehen und ihr Ziel erreichen – mit hohen sozialen Kosten. Handelt es sich aber um eine Verkäuferinflation, dämpft diese Politik die Nachfrage, ohne dass diese eigentlich übertrieben hoch wäre. Hinzu kommt: Marktmächtige können sich verteuerten Bankkrediten am ehesten entziehen, weil sie noch andere Finanzierungsmöglichkeiten haben. Am Ende gehen sie umso stärker aus der Hochzinsphase hervor, während kleinere Firmen aufgeben müssen.

Nichts zu tun und abzuwarten, dass die Inflation von selbst wieder zurückgeht, ist für Weber allerdings auch keine gute Option. Schließlich ist nicht gesagt, dass die Weltwirtschaft nach Corona- und Ukraine-Schock auf den früheren Kurs zurückkehrt. Zunehmende globale Spannungen und der Klimawandel können bald zu neuen Krisen führen, die

dann wieder als Auslöser für neue Preiserhöhungen fungieren können – und neue Inflationsspiralen auslösen könnten.

Die Wissenschaftlerin rät, das Potenzial alternativer preispolitischer Maßnahmen auszuschöpfen. Als Beispiel nennt sie etwa die deutsche Gas- und Strompreisbremse, die die Belastungen aus dem Energiepreisschock begrenzt habe. Es sei zudem sinnvoll, bei wichtigen Rohstoffen strategische Reserven anzulegen und die Spekulation durch Regulierung einzuschränken. Schließlich sollten Übergewinne, die aus überschließenden Preisen resultieren, besteuert werden. Als letztes Mittel will die Wissenschaftlerin auch staatliche Preiskontrollen nicht ausschließen.

Diese Schlussfolgerungen sind nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Direktors des IMK, Sebastian Dullien, auch für Deutschland relevant. „Wir haben zwar noch keine klare Evidenz, welche Rolle Unternehmensstrategien zur Gewinnsteigerung für die Inflation in Deutschland haben“, so Dullien. „Klar ist aber: Deutschland leidet nicht an einer Überschussnachfrage und deshalb sind weitere kräftige Zinserhöhungen kein guter Weg zur Inflationsbekämpfung.“ Alternative Instrumente wie die deutschen Energiepreisbremsen seien daher gute Ansätze, um die Auswirkungen von Preisschocks auf die mittel- und längerfristige Inflation zu dämpfen, so der Wissenschaftler. ↩

Quelle: Isabella Weber, Evan Wasner: Sellers' Inflation, Profits and Conflict: Why can Large Firms Hike Prices in an Emergency? Working Paper des Economic Department der University of Massachusetts Amherst, Februar 2023 [Link zur Studie](#)



MEHR HÖREN

Im Podcast spricht IMK-Direktor Sebastian Dullien über die Ergebnisse des IMK-Forums. Auch dort geht es um die Frage, welche Rolle hohe Gewinne aktuell für die Teuerung spielen und wie Politik und Notenbank reagieren können

<https://www.boeckler.de/de/podcasts-22421-rueckblick-auf-das-imk-forum-2023-49470.htm>

Inflation: Etwas Entlastung

Die Inflationsrate in Deutschland ist im April im Vergleich zum März leicht gesunken, bleibt aber mit 7,2 Prozent auf einem sehr hohen Niveau. Die sozialen Unterschiede bei der Teuerung haben sich verringert, sind aber immer noch stark ausgeprägt: So hatten Alleinlebende mit niedrigem Einkommen im April mit 8,1 Prozent die höchste Inflationsbelastung zu tragen, Alleinlebende mit sehr hohem Einkommen mit 6,2 Prozent die niedrigste. Dies zeigt der neue IMK-Inflationsmonitor, der seit Anfang 2022 monatlich die spezifischen Teuerungsraten für neun repräsentative Haushaltstypen ausweist.

Eine überdurchschnittlich hohe Teuerung von 7,6 Prozent mussten im April auch die einkom-

menschwachen Familien verkraften. Sie hatten von Februar 2022 bis Februar 2023 durchgehend die höchste Inflationsbelastung aller Haushaltstypen, in den ersten beiden Monaten 2023 zusammen mit den einkommensschwachen Alleinlebenden. Dass ärmere Haushalte besonders stark von der Inflation betroffen sind, liegt daran, dass die nach wie vor wichtigsten Preistreiber Haushaltsenergie und Nahrungsmittel in ihrem Warenkorb besonders ins Gewicht fallen. Allerdings hat sich die Preisdynamik bei diesen Gütern des Grundbedarfs im Vergleich zu anderen Waren und Dienstleistungen zuletzt abgeschwächt.

Für die kommenden Monate erwarten die Experten und Expertinnen des IMK eine Fortset-

zung der leichten Entspannung bei der Preisentwicklung. Sie gehen davon aus, dass die sogenannte Kernrate der Inflation – also die Teuerung ohne Energie und Nahrungsmittel – inzwischen ihren Höhepunkt erreicht hat. Die Preisschocks dürften „weitgehend in der Kernrate enthalten“ sein, sodass bei ausreichendem Wettbewerb in den kommenden Monaten teilweise sogar mit Preisrückgängen zu rechnen sei, schreiben die Forschenden. ↩

Quelle: Sebastian Dullien, Silke Tober: IMK Inflationsmonitor – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten, IMK Policy Brief Nr. 150, Mai 2023 [Link zur Studie](#)